

hastete aber ununterbrochen die Staatsbürger wegen ihrer politischen Ansichten, sie lief laut: die Republik ist und muß eine Volksregierung sein, und doch vergewaltigte sie offenbar unsere Verfassung und zögerte mit der Auflösung der Nationalversammlung und den Wahlen. Eine Regierung, deren Hauptfachwörter ein Mensch wie Erzberger war, mußte endlich vom Schauplatz verschwinden. Unser Volk senkt unter untrüglichen Lebensbedingungen. Die hohen Lebensmittelpreise und die Schwierigkeiten, solche im erforderlichen Maße zu erlangen, schafften unzählige Möglichkeiten für den Handel, welche das Ausland nicht in vollem Maße zu würdigen in der Lage ist. Wir stehen vor dem wirtschaftlichen und moralischen Ruin. Wenn die Welt in Wirklichkeit von der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues Deutschlands überzeugt ist, — und das ist es, — das haben wir am Schluß der letzten zwei Wochen erfahren, — so wird sie mit Freuden die Ablösung der bisherigen unehelichen durch eine neue rechtliche Regierung begrüßen. Ob wohl die Aenderung der Regierung eine rein innere Angelegenheit Deutschlands ist, welche nur das deutsche Volk angeht, so sind wir doch bereit anzuerkennen, daß das Ausland daran sehr interessiert ist, daß es in Deutschland keine Regierung gibt, welche imstande wäre, auf irgend eine Weise der Unsicherheit des europäischen Friedens vorzubeugen. Die gegenwärtige Regierung wird bestrebt sein, den inneren und äußeren Frieden aufrecht zu erhalten und nicht zu gestatten, daß die früheren Fehler und die Methode der glücklich gestiegenen Regierung wiederkehren.

Polnische Pressestimmen.

Unter der Überschrift „Umsturz in Berlin“ schreibt der „Dziennik Póln.“ u. a.: In Berlin Staatsaufbruch. Die bisherige Regierung ist aus der Reichshauptstadt geflüchtet. Zwei Brigaden Truppen trafen aus der Provinz ein und besetzten am Sonntag die Stadt. Aufrufe an die Bevölkerung unterzeichnet der Staatskanzler. Es ist dies der frühere ostpreussische Landchaftsdirektor Kapp, bekannt in der Bildungs-Literatur als Verfasser ökonomischer Werke. Seine ersten Schritte lösen die beiden gesetzgebenden Körperschaften, nämlich die preussische Kammer und die deutsche Nationalversammlung auf. Die sozialdemokratische Partei erwiderte darauf mit der Aufforderung zum Generalstreik. So stellt sich die Angelegenheit in ihren Hauptumrissen dar. Einige Fragen treten jetzt auf den Plan. Vor allem ist es wichtig, was die anderen deutschen Städte unternehmen werden? Was ist in Dresden, München und Frankfurt passiert? Weiter hervorstechende Bedeutung wird im zukünftigen Leben Deutschlands das Verhältnis bilden, welches sich gegenwärtig zwischen den beiden Teilen der deutschen Sozialdemokratie, der Rechten und der Linken herausbilden wird. Bis jetzt waren es zwei feindliche Lager. Die Linke sympathisierte mit den Kommunisten. In Berlin und München floß Blut. Ob der Anblick des gemeinsamen Gegners die Entzweiten wieder vereinen wird. Vielleicht kann man in ein paar Stunden diese Fragen beantworten. Die Revolution von 1918 hat Deutschland tiefer zusammengeklüffelt, als es der Sieg von 1870 zusammengeklüffelt konnte. Sie war in dieser Beziehung die Beendigung der Werke Bismarcks. Das Verschwinden der Monarchensitze in Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, München und Dresden hat dem Partikularismus sowie einen Schlag versetzt. Falls sich die neue Regierung in Berlin halten sollte, und Süddeutschland diese nicht anerkennt, würde dies eine unerwartete Ausrufung des Partikularismus bedeuten. Voreilig wäre für uns die Debatte auf das Thema der Rückkehr Wilhelms II., speziell das Thema der Rührung Deutschlands, einer Intervention der Westmächte und eines großen Krieges. Das sind Alarme, für welche schließlich der Zeitpunkt noch nicht herangerückt ist.

Unter der Überschrift „Militärisch monarchistischer Staatsstreich in Berlin“ schreibt der „Kurier Póln.“ u. a.: Ob die Probe des monarchistisch-militärischen Umsturzes Aussicht auf Erfolg haben wird? Trotzdem man annehmen muß, daß der Anschlag gut vorbereitet war und Kapp und Lüttich nicht bloß Abenteuer sind, so scheint es doch, daß ihre Regierung nicht von langer Dauer sein wird. Sie versuchen zwar, die Arbeitermassen für sich zu gewinnen, unterhandeln sogar mit den unabhängigen Sozialisten, aber ihr Manöver verspricht nicht die Festigung der Regierung der von sich selbst Gewählten. Im gegebenen Augenblick werden wahrscheinlich die Reaktionskräfte als stärkstes Atom Hindenburg und Ludendorff vorschweben, wie sich die Verhältnisse entwickeln. Das würde nur den Bürgerkrieg verlängern, aber das Endresultat würde auch dann ein unsicheres bleiben. Das Interessanteste bleibt natürlich, wie sich die Parteien zu diesem Umsturz stellen wird, speziell diejenigen ihrer Mitglieder, die an die aufrichtige Demokratie Deutschlands glaubten, und deshalb zu aller Nachgiebigkeit bereit waren. In London, wo man alle Anzeichen der zunehmenden deutschen Reaktion ignorierte und sich zu den Plänen der „Berliner Revision“ hinreißten ließ, werden die letzten Vorgänge zweifellos erschütternd wirken. Und die wir aus der Nähe auf die wachsende Militär- und Revanche-Bewegung in Deutschland zusehen, haben die letzten Vorgänge nicht überrascht. Polen muß auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Falls sich die Reaktionskräfte, wenn auch nur auf kurze Zeit, halten sollten, werden sie unbedingt versuchen, die nationalpolitischen Instinkte anzufachen und werden das Lösungswort zur Wiedereroberung der im Osten verlorenen Landesteile geben. Auf diesen Moment müssen unsere Kräfte vorbereitet sein. Die Situation fordert von unserer Regierung kaltes Blut; klares Urteil und Entschcheidung, wenn der Augenblick kommt.

Angriffe gegen das Kabinett Stulski.

Außerordentlich wichtige Vorgänge spielen sich zur Zeit in der Polnischen Volkspartei (P. S. L.) ab. Es werden in ihr die Stimmen immer lebhafter, die für eine oppositionelle Stellung der Partei zur gegenwärtigen Regierung eintreten. Die Bedeutung der Beratungen, die nach den Berichten Warschauer Blätter in diesen Tagen gepflogen wurden, erhellt daraus, daß die Volkspartei, die bei weitem stärkste Partei im Sejm ist, Sie bilde den stärksten Bestandteil der Parteien. Ihr gehören die Minister Barbel (Landwirtschaft) und Kędzior (öffentliche Arbeiten) an. Die ersten Anzeichen, daß die Volkspartei mit der Haltung der Regierung nicht mehr durchweg einverstanden ist, zeigt schon die Reichstagsdebatten der letzten Wochen; deutlich wurde es durch die Abspaltung eines Teiles der Tagungsgruppe, der sich vom volksparteilichen Klub ab und nach links wandte. Mit dieser Erschütterung der „Reichstagsmehrheit“, scheint es aber nicht sein Bemühen zu haben. Auch die übrigen volksparteilichen Gruppen, deren stärkste die bisher am weitesten rechts stehende galizische „Plastgruppe“ unter Führung des Abg. Witos ist, diskutieren über ihre weitere Stellungnahme zur Regierung.

Nach den vorliegenden Berichten spricht der volksparteiliche Abgeordnetenkreis einstimmig seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des Finanzministers Grabitzki und des Handelsministers Olszewski aus. Von diesem Beschluß warben die Regierung und die Mehrheitsparteien benachrichtigt. Nach dem „Kobolnik“ verläßt sogar, daß die Volkspartei ihre Minister aus dem Kabinett absetzen wolle. Ein Antrag Dombiski, für die Bildung eines mehr links stehenden Kabinetts einzutreten, fand zwar keine Mehrheit bei den Abgeordneten, doch wurde Dombiski zusammen mit Katoz zum Vizevorsitzenden des Ausschusses des volksparteilichen Klubs gewählt, dessen Vorsitz Witos übernimmt.

In der Sejmung am Dienstag wurde auch der Verpflegungsausschuß Stulski vom Abg. Dombiski heftig angegriffen.

Totales.

300, den 18. März.

Die Abschiedspredigt des General-Superintendenten J. Bursze.

Aus Warschau wird uns geschrieben: Am 7. d. M. hat die ungewöhnlich zahlreich versammelte evangelische Gemeinde von Warschau mit mehr Spannung als sonst der polnischen Kirche ihres langjährigen Ersten Pastors J. Bursze geklungen. Von politischen Sorgen um sich schleppt und das Nazarenland ganz überhäuft, lag sich Pastor Bursze gezwungen, für immer die Kanzel und den Altar zu verlassen, um von nun an die ganze Kraft dem Aufbau der von ihm sogenannten Polnischen Evangelisch-Augsburgischen Kirche zu widmen. In einer Anekdote, die der erste Vorsitzende des Kirchenkollegiums, S. E. Kiefer von den Stufen des Altars an den ersten Bischof (?) der evangelisch-lutherischen polnischen Kirche im Bereiche der Allergnädigsten Republik von Polen hielt, wurden die Verdienste des sich nun zurückziehenden Predigers um die Gemeinde gewürdigt und der Wunsch ausgesprochen, daß seine politische Tätigkeit als Oberhaupt der evangelischen Gemeinschaft in Polen noch lange Jahre hindurch ihr zum Segen gedehle.

Die Abschiedsrede des Scheidenden war ebenfalls ein rein politischer Rundgang. Als Motto benutzte Herr General-Superintendent Bursze den Spruch Jesu: Des abends spricht ihr: Es wird ein schöner Tag werden, denn der Himmel ist rot; und des morgens spricht ihr: Es wird heute Ungewitter sein, denn der Himmel ist rot und nasse. Ihr Feind, über des Himmels Gestalt könnt ihr urteilen; könnt ihr denn nicht auch über die Zeichen dieser Zeit urteilen?

Der Redner meinte, daß die heutigen Zustände in Polen die Genusssucht der Besitzenden und die Rauberei der Arbeiter tendenz wohl an das alte Römische Reich zu Christi Zeiten erinnern. Die „Kaiser“ sei nur aufsteht von der Morgenröte zu bemerken. Es ist also eine Zukunft voraus zu sehen in der Art, wie zur Zeit der Reformation und des dreißigjährigen Krieges. Daher sollten doch gerade die Evangelischen ein tieferes Verständnis haben für die oben zitierte Prophezeiung des Herrn Jesu zeigen und schlar, weise aber gottesfürchtig den neuen Zeiten entgegen gehen. Der Redner ermahnte die Anwesenden zur Einheit; gerade um alle Evangelischen in Polen zu vereinigen, tue er sein Bestes, um ihre Anzahl durch Anschließ der Schleier und der Masuren am's faustfasse zu vergrößern. So an Nacht gewachsen,

wird die evangelische Idee hier zu Lande das ganze polnische Reich sehr bald durchdringen. Polen aber, durch das Evangelium mächtig gestärkt, wird wiederum, wie es doch einst im XVI. Jahrhundert schon gewesen, ein mächtiges, tolerantes, großes Weltreich werden. Man hat den Eindruck, daß nur ein einziger Teil der Zuhörer den diplomatischen Wert des aufgerollten Zukunftsbildes zu schätzen verstanden hat. Wilhelms Verständnis dagegen scheint der Teil des „Expo“ des neuen polnischen „Bischofs“ gefunden zu haben, in dem er den Versammelten hoch und teuer versichert, daß sein ganzes Trachten in Zukunft, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war, darauf gerichtet sein werde, daß ihn „das künftige Oberhaupt der evangelisch-lutherischen Kirche“ niemand irgend eines Schandnamens beschuldigen könne.

Diese Rede, die übrigens in allen polnischen Zeitungen schon im Voraus als eine hervorragende „akcia kiedza Burszego“ angekündigt wurde, wird in den kirchlichen und politischen Kreisen der Hauptstadt vielfach besprochen.

Ein Zuhörer.

Keine Höchstpreise auf Fleisch. Die sozialistischen Reichstagsabgeordneten haben sich an die Minister des Innern und für Verpflegung eine Interpellation gerichtet, in der sie um die Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch bitten. Darauf ist nun nachfolgende Antwort des Innenministers im Einvernehmen mit dem Minister für Verpflegungsangelegenheiten ergangen: Die Regierung wird den Entwurf eines Gesetzes über das Fleischkontingent für die Bedürfnisse des Heeres und der von dem Staat versorgten Anstalten und Einrichtungen in den Reichstag einbringen. In Verbindung mit diesem Gesetz plant die Regierung die Einführung von Höchstpreisen auf Vieh, Schweine und Schafe, die zur Deckung des obigen Kontingents abgetötet werden sollen. Die Einführung von Höchstpreisen auf Fleisch außerhalb des Kontingents hält die Regierung für unmöglich.

Anmerkung der Schriftleitung: Glaubt der Verpflegungsminister nicht, daß die Preise des für die Bevölkerung freigegebenen Fleisches durch die Kontingentierung des übrigen erst recht in die Höhe gehen werden?

Landkauf im Posenischen. Auf viele uns zugegangene Anfragen können wir mitteilen, daß beim Ankauf von ländlichen Grundstücken im Posenischen die Genehmigung des Ankaufes durch den Posen (Urząd osadniczy) nur zum Verkauf an solche Personen erteilt wird, die nachweislich Landwirte sind, ganz gleich, ob es sich hierbei um Polen oder Angehörige anderer Nationalitäten handelt. Polnische Staatsbürger deutscher Nationalität erhalten keine Genehmigung zum Ankauf von Aneinanderliegenden; die Genehmigung zum Erwerb freier landwirtschaftlicher Grundstücke wird ihnen nur erteilt, wenn es sich nicht um Spekulationskäufe handelt, wenn auch vorläufig nur in ganz dringenden Fällen.

Nicht Starost, sondern Regierungskommissar. Im „Monitor“ ist eine Verordnung des Ministerpräsidenten erschienen, in der darauf hingewiesen wird, daß die administrative Behörde 1. Juni 3 in Lodz der Regierungskommissar ist, der dienstlich und disziplinarisch dem Lodzer Wojewoden untersteht. Wilm gibt es einen Starosten für die Stadt Lodz nicht mehr.

Lebensmittel- und Lieferungen aus Amerika. In diesen Tagen trifft im Lokant in Aleksandrow 20.000 Pakete mit Lebensmitteln und Kleiderstoffen aus Danzig ein, die von in Amerika lebenden Polen für ihre Verwandten in Kongresspolen gesandt wurden. Um eine rasche Weiterbeförderung der Pakete zu ermöglichen, hat die Zollbehörde angeordnet, an Überstunden zu arbeiten.

Freitag — Samstag! Das Lodzer Stadt- und Platzkommando bietet uns am Veröffentlichung nachfolgender Festordnung für die heute abend stattfindende Vorfeier und die morgige Hauptfeier anlässlich des Namensfestes des Obersten Befehlshabers Josef Pilsudski:

Heute um 6 Uhr abends wird in den Straßen der Stadt der Zapfenstreich gespielt, zu welchem Zwecke sich die hierzu bestimmten Truppen auf dem Übungsplatz 5 Minuten vor 6 Uhr einfinden werden, um dann in vorgeschriebener Ordnung unter den Klängen eines Marsches durch die Straße des 6. August, die Kosciuszko-Allee, Zielona, Dzielna, Sienkiewicza, Nowot. Petrusauer und über den Freiheitsplatz zurück nach den Kasernen zu ziehen. Auf dem Wege wird vor dem Generalbezirkskommando und dem Platzkommando Halt gemacht und der Dombrowski-Marsch angestimmt.

Am Freitag, dem eigentlichen Festtage, findet um 8 Uhr früh großes Wecken statt. Um 9.45 Uhr Aufstellung der an dem Festtage teilnehmenden Truppen auf dem Freiheitsplatz; um 10 Uhr Feldmesse und Ansprache; 11 Uhr Vorbeimarsch der Truppen vor dem Kommandanten des Lodzer Generalbezirks und den geladenen Spitzen der Zivilbehörden und Vertretern öffentlicher Institutionen an der linken Seite vor dem Grandhotel; in den Nachmittagsstunden in allen Offizierskasinos gemeinschaftliches einfaches Solodatenessen; um 2 Uhr nachmittags unentgeltliche Vorstellungen in den Kinematographentheatern; von 5 bis 7 Uhr nachm. Konzert vor dem Gebäude des Lodzer Generalbezirkskommandos; um 6 Uhr nachm. in den Lichtstuben, Sol-

denheimen und Vortragssälen Vorträge über „Josef Pilsudski als Bürger und Soldat“, nach den Vorlesungen Deklamationen und Gesang; um 7 Uhr 30 Min. Festvorstellung im Polnischen Theater.

Leichtes Essen um 11 Uhr! Die Behörde erteilt eine neue Verordnung, wonach Theater, Konzerthäuser, Kinematographentheater, Restaurationen, Kaffeehäuser, Klubs und alle sonstigen Vergnügungsorte bis 11 Uhr abends geöffnet bzw. tätig sein können. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Benjara in Lodz. Zwecks Vermeidung von Verzögerungen bei der Zustellung der aus dem Ausland eintreffenden Briefe, Depeschen, Warenmuster und Kostproben, die für die Empfänger stets große Unannehmlichkeiten und bei dem heutigen schwankenden Kursstande auch oft große Verluste zufolge hat, wandte sich das Lodzer Börsenkomitee an das Ministerium für Post und Telegraphie mit der Bitte, das Lodzer Zollamt mit der Ausübung der Zensur der Auslandspostsachen zu betrauen.

Die Selbstverwaltungskörperschaften und der Friede mit Rußland. Bekanntlich haben verschiedene Stadtverordnetenversammlungen (darunter auch die Lodzer), Kreisräte, Gemeinderäte, Versammlungen usw. Beschlüsse gefaßt, die sich gegen die Weiterführung des Krieges mit Rußland und für die Einleitung von Friedensverhandlungen aussprechen. Das Ministerium des Innern läßt nun durch ein an den Wojewoden verbreitetes Rundschreiben die betreffenden Körperschaften darauf aufmerksam machen, daß die Erörterung obiger Fragen ihnen nicht zustehe. Wie erinnerlich sein wird, hat der Wojewode von Lodz die J. J. von der Lodzer Stadtverordnetenversammlung gefaßte Friedensresolution für ungültig erklärt.

Generalisierung der städtischen Blumenzuzüge. Der Magistrat erwarb das in der Węzinskastraße 57a belegene 11 1/2 Morgen große Güterstück Grundstücken mit den darauf vorhandenen Gartenanlagen für den Preis von 950.000 M. Auf diesem Grundstück werden alle städtischen Pflanzengüterereien und Gewächshäuser zentralisiert werden, die bisher sich in den verschiedenen städtischen Parks befanden. Die Gartenbauabteilung des Magistrats hat das Grundstück bereits übernommen.

Gesundheitliches bakteriologisches Institut. Der Direktor des Gesundheitsamts des Lodzer Bezirks Dr. Kossik wandte sich an den Lodzer Magistrat mit der Bitte um Zuweisung eines Bauplatzes, auf dem das Gebäude für ein staatliches bakteriologisches Institut errichtet werden könnte.

Eine Verschärfung der Grenzkontrolle wurde nach der „Gazeta Poranna“ auch das Finanzministerium veranlaßt, da in letzter Zeit bedeutende Mengen ökonomischer Waren eingeschmuggelt worden. (Der im Verhältnis zum Wert der Waare in anderen Ländern ziemlich hohe gegenwärtige Umlagesteuersatz (70 polnische Mark — 100 Kr.) legt die jetzt so in Blüte stehende Kunst der „Walaufschreiber“ natürlich fast zu diesen Geschäften an).

Vom Kreis kommunalverband. In der letzten Sitzung des Kreis kommunalverbandes wurde die Friedensresolution der Lodzer Stadtverordnetenversammlung für ungültig erklärt. Es wurde beschlossen, zur Aufnahme von Maßnahmen der der Lodzer Handelsbank eine Anleihe in der Höhe von 200.000 M. aufzunehmen. Der Instandhaltung der Landstraßen wurde ein Ergänzungskredit von 400.000 M. bewilligt, die das Ministerium für öffentliche Arbeiten hergeben soll. Die Tagesgelder der Mitglieder des Reichstages wurden auf 30 Mark erhöht. Die Reiskosten werden erhöht. Für Reisen nach Warschau werden 75 M. Tagesgelder und 50 M. für das Hotel vergütet. Das Gesuch des Lodzer Gärtnerverbandes um Bewilligung eines Zuschusses von 15.000 Mark wurde zur Kenntnis genommen.

Eine Zwangserziehungsanstalt für verwahrloste Kinder soll in Lodz errichtet werden. Der Magistrat und der Kreisrat haben sich bereit erklärt, die Kosten gemeinsam zu tragen. Es ist der Plan entstanden, die Erziehungsanstalt für die ganze Wojewodschaft Lodz auszubauen. In den nächsten Tagen wird sich eine besondere Abordnung zum Wojewoden begeben, um ihm die Angelegenheit vorzutragen.

Der künftige Schriftführer. Am 1. April werden die Warschauer Lehrer neue Lohnforderungen stellen, deren Bewilligung eine 150%ige Erhöhung des bisherigen Lohnes bedeuten würde. Danach würde ein Maschinenschreiber 15.000 Mark monatlich verdienen, während das Monatsgehalt eines Ministers kaum 8000 Mark beträgt. Gegen diese Forderungen haben alle Warschauer Zeitungsverleger einschließlich des „Kobolnik“ Front gemacht, da auch in sozialistischen Kreisen diese Forderungen Entwürfen hervorgehoben haben.

Eine Bibliothek für die Lehrerschaft. Die Schulabteilung hat auf einer ihrer Sitzungen beschlossen, 15 Prozent von der zur Unterhaltung der Schulen ausgeworfenen Summe zur Errichtung einer Bibliothek für die Lehrerschaft zu bewilligen. Die Bibliothek wird hauptsächlich aus Fachliteratur bestehen. Nach Einholung der Meinung der Behörde wird eine Liste der anzuschaffenden Bücher angefertigt und die Bücher in allerhöchster Zeit eingekauft werden. In erster Linie werden die Bedürfnisse derjenigen Lehrer

100

